



Bezirksgruppe Feuerwehrr

„Schlaglichter“ aus der Gewerkschaftsarbeit



Am 17. Mai 2012 melden die Medien:

Berliner Feuerwehrrschule „Ein Provisorium“

GdP fordert Übernahme der Feuerwache im Flughafen Tegel als neue Landesfeuerwehrrschule

Die größte Berufsfeuerwehrr in Deutschland muss ihren Nachwuchs auf dem Gelände der Polizei in Schulzendorf ausbilden, da der Senat bisher nicht bereit ist, dafür ein den Anforderungen an eine moderne Großstadtfeuerwehrr entsprechendes Gelände mit Gebäuden zur Verfügung zu stellen. Deshalb fordert der Landesbezirksvorsitzende der GdP, Michael Purper, dass der Senat die Feuerwache, Hallen und weitere Gebäude auf dem Gelände des Flughafens Tegel übernehmen soll.

Dort könnte künftig die Ausbildung des Feuerwehrrnachwuchses in einer neuen Landesfeuerwehrrschule stattfinden. Für die praktische Ausbildung würden auf dem Flughafengelände zwei große Hallen zur Verfügung stehen. Damit wäre eine witterungsunabhängige Ausbildung sichergestellt.

Am 10. Juli 2012 ist die Entscheidung gefallen. Die Landesfeuerwehrrschule soll, wenn die dortigen Gegebenheiten das erlauben, nach Tegel umziehen. Das haben die Senatoren für Stadtentwicklung sowie Inneres und Sport, Michael Müller und Frank Henkel, verkündet und setzen damit eine Forderung der GdP um.

„Bis dahin muss die Finanzierung des Umzuges mit den damit verbundenen Baumaßnahmen vor Ort ohne eine Beteiligung der Feuerwehrr aus ihrem laufenden Haushalt geklärt sein“, fordert der GdP-Landesbezirksvorsitzende Michael Purper.

Bundesverwaltungsgericht verurteilt Berliner Senat zu Millionennachzahlung an Berliner Feuerwehrrleute wegen Überschreitung der wöchentlichen Höchstleistungszeit

Am Mittwoch, dem 25. Juli 2012, haben die Berliner GdP-Rechtsanwälte Joachim Tetzner und Dr. Ernst Engel in einem Prozess vor dem Bundesverwaltungsgericht Nachzahlungen für Berliner Feuerwehrrleute in Millionenhöhe wegen andauernder Überschreitung der wöchentlichen Höchstleistungszeit erstritten. Beide Anwälte erklärten nach dem Prozess, dass damit einige Tausend Feuerwehrrleute in Berlin Anspruch auf einen Ausgleich für rechtswidrig geleistete Zuvielarbeit haben. Allein der Kläger wird mit einer Nachzahlung von etwa 15000 € rechnen können. Zum Redaktionsschluss dieser Zeitung lag die Urteilsbegründung noch nicht vor. Wir werden weiter berichten.

GdP: Leitstellen der Feuerwehrr und der Polizei getrennt erhalten – Eine Arbeitsgruppe „Gemeinsame Leitstelle Polizei und Feuerwehrr“ soll im September ihre Arbeit aufnehmen

In den vergangenen Jahren haben die veraltete Technik in der Leitstelle der Polizei und die damit verbundene Reparaturanfälligkeit zu teilweise massiven Störungen der Notrufaufnahme 110 geführt. Die Probleme sind seit Jahren bekannt. Ein Umbau würde etwa 12 Mio., ein Neubau 21,5 Mio. € kosten.

Obwohl die Polizei die Situation in der Leitstelle „als beunruhigend“ bezeichnet und seit Jahren „dringenden Handlungsbedarf“ sieht, haben Senat und Parlament nicht reagiert. Im Doppelhaushalt 2012/2013 sind keine finanziellen Mittel für Umbaumaßnahmen bzw. einen Neubau vorgesehen.

Auch die Computertechnik der Feuerwehrrleitstelle führt immer wieder zu Systemausfällen. Deshalb „probt“ die Feuerwehrr wöchentlich die Abwicklung der Alarmierungen der Einsatzmittel ohne die moderne Technik.

Nach Informationen der GdP wurde jetzt eine Arbeitsgruppe „Zusammenlegung der Leitstellen der Polizei und der Feuerwehrr“ eingesetzt, die im September ihre Arbeit aufnehmen soll. Mit der Leitung wurde der Leiter Stab der Dir 5, Detlef Brenner, beauftragt.

Fortsetzung auf Seite 2



**KLARTEXT REDEN
ZUKUNFT GESTALTEN**



Fortsetzung von Seite 1

Die GdP befürchtet, dass mit der Bildung der Arbeitsgruppe die Probleme in den Leitstellen der Feuerwehr und der Polizei „auf die lange Bank“ geschoben werden sollen **und das kann Menschen in Gefahr bringen.**

Es besteht unmittelbar Handlungsbedarf. Die veraltete Technik muss unverzüglich ersetzt werden. Dafür benötigen die Feuerwehr und die Polizei zusätzliche finanzielle Mittel, die der Senat und das Parlament zur Verfügung stellen müssen. Aus dem laufenden Haushalt 2012/2013 ist das nicht zu finanzieren.

LABO

Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in den Bürgerämtern überfordert – Lange Warte-

REDAKTIONSSCHLUSS

Beiträge für die jeweils nächste Ausgabe müssen der Geschäftsstelle am 1. Arbeitstag des Vormonats vorliegen.

Redaktionsschluss für diese Ausgabe war am 10. 8. 2012.

zeiten nerven die Kundinnen und Kunden und die Beschäftigten

Senat und Parlament wissen es seit Langem, die Personalausstattung in den Bürgerämtern entspricht nicht dem Arbeitsaufkommen, das bewältigt werden muss. Dabei bleibt der Dienstleistungsgedanke auf der Strecke. Darauf weisen auch die Bezirksbürgermeister ständig hin. Trotzdem setzen sich Senat und Parlament darüber hinweg und sparen weiter. Die Folgen:

- lange Wartezeiten in den Bürgerämtern und genervte Bürgerinnen und Bürger, die zurecht diese Zustände beklagen. Die GdP stellt sich uneingeschränkt vor die Beschäftigten, denn sie haben diese Zustände nicht zu verantworten. Sie arbeiten so schnell und soviel wie sie können. Steigende Krankstände und Urlaubsausfälle sind nur mit einer angemessenen Personalausstattung zu bewältigen. Dafür müssen wieder Neueinstellungen von außen möglich werden, um den erkannten Bedarf zu decken.

Entgeltgruppe 9 TV-L für Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in den Ordnungsämtern

Das Bundesarbeitsgericht hat in einem Fall der Hamburger Kolleginnen und Kollegen des dortigen bezirklichen Ordnungsdienstes (BOD) entschieden, dass ihnen je nach Geltendmachung ihrer Ansprüche die Entgeltgruppe 9 TV-L zusteht und sie entsprechend zu vergüten sind. Diese Entscheidung des Bundesarbeitsgerichtes hat nach Auffassung der GdP auch Auswirkungen auf die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Allgemeinen Ordnungsdienstes in Berlin.

Für eine Reihe von Kolleginnen, die bereits im Jahr 2006/2007 ihre Ansprüche angemeldet hatten, hat die Rechtsabteilung der GdP bereits vor dem Arbeitsgericht Berlin Verfahren anhängig gemacht. Diese Verfahren sind nach der Entscheidung des Bundesarbeitsgerichtes erneut aufgenommen worden. Es bleibt abzuwarten, wie die Berliner Gerichte entscheiden. Die GdP rechnet noch im September/Oktober 2012 mit einer ersten Entscheidung des Arbeitsgerichtes Berlin.

Bürgerservice im Landesamt für Bürger- und Ordnungsangelegenheiten (LABO) zu gefährdet

Unter Hinweis auf den Koalitionsvertrag zwischen der SPD und der CDU hat die GdP Innen- und Sportsenator Frank Hen-

kel aufgefordert, die vom LABO für 2012 beantragten Entfristungen von Zeitarbeitsverträgen zu genehmigen. Aufgrund der massiven Personalkürzungen wird es immer schwieriger, mit noch weniger Personal die gesetzlich vorgeschriebenen Pflichtaufgaben und absehbare zusätzliche Aufgaben im LABO zu bewältigen. Das hat eine Auswertung einer gewerkschaftsinternen Befragung von GdP-Mitgliedern ergeben. Allein von 2008 bis 2010 haben 116 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter ihre Tätigkeit dort beendet. Im Bereich des Zulassungswesens werden in den nächsten Jahren 56 Prozent aller Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter älter als 55 Jahre sein. Diese Entwicklung wird die Arbeitsfähigkeit der Zulassungsstelle einschränken, denn ohne Zuwachs an jungem Personal sind die Herausforderungen, die mit der Arbeit dort verbunden sind, nicht zu bewältigen. Ähnlich stellt sich die Situation in der Ausländerbehörde dar.

Dort besteht ein nachgewiesener Personalbedarf von bis zu 30 Stellen. Bei der Ausländerbehörde wird die Ausgabe von Wartenummern heute schon kurz nach der Öffnungszeit eingestellt. Auf Termine warten die Kunden dort in der Regel zwei Monate. Auch in der Kfz-Zulassungsstelle wird sich die Bearbeitung der Vorgänge verlängern. Die Taxenüberprüfung entwickelt sich wegen fehlenden Personals zu einem massiven Problem. Deshalb beklagen der Personalrat und die Beschäftigten im LABO zu recht die zu geringe Personalstärke von 911 Vollzeitbeschäftigten und die erhebliche Überalterung. Das Durchschnittsalter liegt bei 49 Jahren (Stand: Juni 2012).

Senat muss politische Verantwortung für Qualitätsverluste übernehmen

Wenn nicht gegengesteuert wird, erwartet die GdP vom Senat und den Koalitionsfraktionen, dass sie die politische Verantwortung für die Auswirkungen ihrer Personaleinsparungen „im täglichen Geschäft“ übernehmen. Der Zeitpunkt ist gekommen, dass der Senat öffentlich klarstellt, dass die Haushaltskürzungen zu deutlichen Einschränkungen der Leistungsfähigkeit des öffentlichen Dienstes in Berlin führen und dass dafür nicht die Beschäftigten verantwortlich sind. Eine entsprechende Senatsinformation könnte in den Dienststellen zur Weitergabe an die Kunden ausgelegt werden.



DEUTSCHE POLIZEI

Ausgabe: **Landesbezirk Berlin**
Internet: www.gdp-berlin.de
E-Mail: GdP Landesbezirk:
gdp-berlin@gdp-online.de

Geschäftsstelle:
Kurfürstenstr. 112/113
10787 Berlin
Telefon (0 30) 21 00 04-0
Telefax (0 30) 21 00 04-29

Konten:
Postbank Berlin
Konto-Nr. 268 38-109 (BZL 100 100 10)
SEBAG
Nr. 1 045 414 000 (BLZ 100 101 11)

Redaktion:
Michael Laube (V.i.S.d.P.)
Handy-Nr. 0 15 25/4 10 17 51
E-Mail: micha.laube@online.de

Verlag und Anzeigenverwaltung:
VERLAG DEUTSCHE
POLIZEILITERATUR GMBH
Forststraße 3 a, 40721 Hilden
Telefon (02 11) 71 04-1 83
Telefax (02 11) 71 04-1 74
Verantwortlich für den Anzeigenteil:
Antje Kleuker
Es gilt die Anzeigenpreisliste Nr. 33
vom 1. Januar 2011.

Herstellung:
L.N. Schaffrath GmbH & Co. KG
DruckMedien
Marktweg 42-50, 47608 Geldern
Postfach 14 52, 47594 Geldern
Telefon (0 28 31) 3 96-0
Telefax (0 28 31) 8 98 87

ISSN 0170-6411



**KLARTEXT REDEN
ZUKUNFT GESTALTEN**



KLARTEXT REDEN – ZUKUNFT GESTALTEN

POLIZEI

GdP vermisst aufgabenkritische Ansätze

Darüber hinaus ist es erforderlich, dass Senat und Parlament bei der Vorbereitung und Beschlussfassung gesetzlicher Regelungen, die mit zusätzlichen Aufgaben trotz andauernder Personaleinsparungen verbunden sind, aufgabenkritische Ansätze beachtet.

Gesetzentwurf zur Anpassung der Besoldung und Versorgung 2012 – Senat und Parlament „verschlafen“ Anpassung

Am 3. Juli 2012 hat der Senat einen Gesetzentwurf zur Anpassung der Besoldung und Versorgung zum 1. August 2012 beschlossen. Zu spät, wie sich herausgestellt hat. Den am schlechtesten bezahlten Beamtinnen und Beamten in Deutschland wird damit zugemutet, auf die Verabschiedung des Gesetzes im Abgeordnetenhaus bis Ende des Jahres warten zu müssen. Die GdP hat deshalb eine Vorgriffsregelung und Auszahlung der erhöhten Besoldung und Versorgung im August unter Hinweis auf die Wahlkampfversprechen des Berliner CDU-Vorsitzenden Frank Henkel gefordert.

Bis zum Redaktionsschluss dieser Zeitung hatte er sich noch nicht gemeldet.

12-Stunden-Dienste

Arbeitszeitmodelle ELZ, VB I u. a. in der Berliner Polizei

GdP: Die CDU muss ihr Wahlversprechen halten

Auch in der Diskussion über die Gestaltung der zukünftigen Arbeitszeit der Polizei hat die GdP Innen- und Sportsenator Frank Henkel an seine Wahlversprechen als CDU-Landesvorsitzender erinnert.

„Gerade Sie, Herr Henkel, und Ihre Partei haben in dieser Frage in der Vergangen-

heit deutliche Aussagen getroffen und sich für ein Modell ausgesprochen, in dem auch anteilig bis zu 12-Stunden-Dienste in den zukünftigen Schichtplänen zu berücksichtigen sind.“

Stellt sich der Senator seiner Verantwortung?

Er schreibt der GdP am 19. Juli 2012 (Auszüge):

„Ich kann nachvollziehen, dass Polizeivollzugsbeamtinnen und Polizeivollzugsbeamte in 12-Stunden-Schichten arbeiten möchten, weil sich dadurch die Anzahl ihrer Dienstantritte verringert. Ich kann Ihnen versichern, dass ich mich von der Polizei fortlaufend über die Evaluierung informieren lasse, zumal ich der Auffassung bin, dass wir nur im Rahmen einer guten und vertrauensvollen Zusammenarbeit Arbeitszeitmodelle finden werden, die möglichst viele Gesichtspunkte angemessen berücksichtigen.“

Michael Purper, Landesbezirksvorsitzender der GdP: „Wir werden ihn an seiner Aussage, mit allen Beteiligten gut und vertrauensvoll zusammenzuarbeiten, messen.“

Sicherheitskonzept zur Bewachung von schutzwürdigen Objekten vor dem Kollaps

Im Zentralen Objektschutz (ZOS) fehlen 230 Beschäftigte. Damit steht dieser Bereich vor einem personellen Kollaps. Trotzdem sollen in diesem vollzugsnahen Bereich 2,4 Prozent der Stellen eingespart werden. Und das vor dem Hintergrund, dass sich dort ein Überstundenberg von 350 000 Stunden aufgetürmt hat, der nur sehr langsam abgetragen werden kann. Deshalb werden seit April 2012 zunehmend Polizeivollzugsbeamtinnen und -beamte zur Bewachung diplomatischer Einrichtungen eingesetzt, die im täglichen Streifen-

dienst fehlen. Folgerichtig wäre, diese Einsparvorgaben zurückzunehmen.

Anschläge auf Privatfahrzeuge von Polizistinnen und Polizisten

Die GdP hat Polizeivizepräsidentin Margarete Koppers gebeten, es ihren Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern zu gestatten, während der Nachtzeit die vorhandenen Parkflächen innerhalb der Dienststellen kostenfrei zu nutzen.

Das hat Frau Koppers mit folgenden Argumenten abgelehnt:

- Es besteht nicht auf allen Dienststellen die Möglichkeit, private Fahrzeuge auf den dienstlichen Unterkunftsgeländen abzustellen.
- Die kostenfreie Nutzungsmöglichkeit würde zu einer Ungleichbehandlung führen, da für einen Stellplatz eine jährliche Gebühr von 100 € zu entrichten ist.

Darüber hinaus seien die erforderlichen und geeigneten Maßnahmen getroffen worden, die Kolleginnen und Kollegen zu schützen, so Frau Koppers in ihrer Antwort. Es sei bisher noch niemand zu Schaden gekommen. Sie führt das zu großen Teilen darauf zurück, dass die Polizeibediensteten fortwährend sensibilisiert und zu erhöhter Aufmerksamkeit angehalten werden.

Die GdP hat sich mit dieser Antwort nicht zufriedengegeben und Innen- und Sportsenator Frank Henkel mit der Bitte angeschrieben, alle bürokratischen und finanziellen Hemmnisse zu beseitigen, damit die Kolleginnen und Kollegen zur Nachtzeit alle vorhandenen Stellplätze in der Polizei nutzen können. Das würde das Risiko für eine größere Anzahl von Beamtinnen und Beamten mindern, Opfer dieser Gewalttäter zu werden.

Neuer PSW-Partner

Kristall Schwimm&GesundheitsCenter Ludwigsfelde GmbH

Angebot verlängert bis einschließlich 2012

Gegen Vorlage Ihres GdP-Ausweises erhalten Sie für sich und Ihre Familienangehörigen an der Kasse einen Sofortrabatt **in Höhe von 20 %.**

Für alle Mitglieder der Gewerkschaft der Polizei gilt ab sofort ein spezieller Sondertarif.



Übrigens ... lohnt sich schon ein Anruf unter 0 33 78/5 18 79-0 oder ein Besuch auf unserer Homepage unter www.kristall-saunatherme-ludwigsfelde.de.



Anspruch auf Beihilfe auch ohne Abschluss einer Krankenversicherung

Das Bundesverwaltungsgericht in Leipzig hat nunmehr entschieden, dass der vollständige Ausschluss des Beihilfeanspruchs im Land Berlin, der an den fehlenden Nachweis eines Krankenversicherungsschutzes anknüpft, unwirksam ist (BVerwG, Urteil vom 19. Juli 2012, Az.: 5 C 1.12).

Der Kläger ist Beamter im Dienst des Landes Berlin. Er stellte im Jahr 2009 drei Anträge auf Gewährung von Beihilfe zu den Kosten für ärztliche und zahnärztliche Leistungen sowie ärztlich verordnete Arzneimittel. Der Beklagte lehnte die Anträge ab, weil der Kläger nicht – wie dies seit dem 1. Januar 2009 Pflicht sei – eine Krankenversicherung abgeschlossen habe. Das Verwaltungsgericht hat der Klage auf Gewährung von Beihilfe stattgegeben. Die hiergegen gerichtete Revision des Landes Berlin hatte keinen Erfolg. Die Ablehnung der Gewährung von Beihilfe in dem in Rede stehenden Zeitraum kann nicht auf die vom Landesbeamtengesetz (§ 44 Abs. 1 LBG vom 19. Mai 2003* bzw. Art. XIII § 5. Dienstrechtsänderungsgesetz vom

19. März 2009**) in Bezug genommene und damit in das Landesrecht eingegliederte Regelung des § 10 Abs. 2 der Bundesbeihilfeverordnung (BBhV)*** gestützt werden. Die Vorschrift bestimmt zwar, dass Anspruch auf Beihilfe nur hat, wer seinen Krankenversicherungsschutz und den seiner berücksichtigungsfähigen Angehörigen nachweist. Sie ist aber unwirksam. Die Einführung des Beihilfeausschlusses für Beamte, die nicht krankenversichert sind, stellt eine „wesentliche“ Entscheidung dar, die vom parlamentarischen Gesetzgeber getroffen werden muss. Denn der Beihilfeabschluss berührt die tragenden Strukturprinzipien des gegenwärtig praktizierten Mischsystems aus privat finanzierter Vorsorge und ergänzenden Beihilfen. Zudem wirkt er sich für den Betroffenen besonders einschneidend aus. Zwar kann der Gesetzgeber der Notwendigkeit einer von ihm zu verantwortenden Entscheidung grundsätzlich auch dadurch Rechnung tragen, dass er den Beihilfeausschluss durch Landesverordnung regelt. Dann muss das Landesbeamtenge-

setz aber eine Verordnungsermächtigung enthalten, die den konkreten Leistungsausschluss inhaltlich deckt. Jedenfalls daran fehlt es hier. Die in dem streitgegenständlichen Zeitraum bestehenden landesgesetzlichen Verordnungsermächtigungen tragen die Beschränkung der Leistungsgewährung auf Beamte, die für sich und ihre berücksichtigungsfähigen Angehörigen einen Krankenversicherungsschutz nachweisen, nicht (Pressemitteilung des BVerwG Nr. 73/2012).

Im Ergebnis hat das BVerwG ein Anknüpfen der Beihilfegewährung an das Bestehen einer Krankenversicherung nicht ausgeschlossen. Im vorliegenden Fall fehlt es derzeit nur an einer entsprechenden Ermächtigungsgrundlage hierzu. Die Voraussetzungen können aber durch das Abgeordnetenhaus für die Zukunft geschaffen werden.

Für Rückfragen und Erläuterungen steht Ihnen die Rechtsabteilung, hier die Renten- und Beihilfeberatung, jeweils dienstags von 14.00 bis 16.00 Uhr zur Verfügung.

Thomas Woelke, Rechtsanwalt

PERSONALRATSWAHLEN

Personalratswahlen 2012 – Klartext reden – Zukunft gestalten

Die diesjährigen Personalratswahlen stehen unter dem Motto „Klartext reden – Zukunft gestalten“.

Wir entscheiden mit, wenn in diesem Jahr die Weichen für einen neuen Personalrat gestellt werden. Wir im LKA entscheiden, wer in den kommenden vier Jahren die Rechte der Kolleginnen und Kollegen gegenüber der Dienststellenleitung wahrnimmt. Ob unsere Arbeit der vergangenen vier Jahre erfolgreich war und ob diese erfolgreiche Vertretungsarbeit gestaltet für die nächsten Jahre fortgesetzt werden kann.

GdP-Interessenvertreter haben Rückgrat und ein umfassendes Fachwissen. Sie kümmern sich um die Sorgen und Proble-

me direkt am Arbeitsplatz. Sie entscheiden kompetent und unabhängig. Wir im LKA empfinden es als selbstverständlich, dass Angehörige der verschiedenen Sparten und Beschäftigungsgruppen gemeinsam professionell Gewalt- und Berufsverbrecher verfolgen und festnehmen, Daten sammeln und auswerten, Tatorte aufsuchen, Spuren sichern und begutachten, Kriminalitätsanalysen und Präventionskonzepte erstellen.

Gerade heute, wo uns als Arbeitnehmer ein eisiger Hauch vonseiten der verantwortlichen Politiker entgegenbläst, ist es umso mehr nötig zusammenzustehen, um unsere Arbeits- und Lebensbedingungen zu verbessern.

Sei Wähler! Mehr denn je kommt es auf jeden Einzelnen an! Sei Wähler und setze ein Signal!

Gegen Teilnahmslosigkeit, Hoffnungslosigkeit und Demotivation!

Für eine gerechte Bezahlung! Für eine korrekte Gestaltung des Arbeitsplatzes! Für eine gesicherte Zukunft der Familie!

Nur mit einem von großem Vertrauen aller Beschäftigten getragenen Personalrat, mit einer starken Gewerkschaft der Polizei im Rücken, können Verbesserungen der Arbeitsbedingungen und zukunftsweisende Initiativen erfolgreich durchgesetzt werden! Sei Wähler! Komme zu den Personalratswahlen und Stimme für die Gewerkschaft der Polizei!



PERSONALRATSWAHLEN



Robert Hobrecht

„Es ist mir wichtig, für die Kolleginnen und Kollegen als Ansprechpartner da zu sein.“ In einem immer größer werdenden Spannungsfeld zwischen dem Anspruch der Dienstbehörde und dem Familienleben ist der Druck, der auf jedem lastet, immens hoch. Hier ist es mein Bestreben für einen Ausgleich zu sorgen, zu vermitteln und wo das nicht mehr geht, den Kolleginnen und Kollegen bei der Durchsetzung ihrer Rechte zur Seite zu stehen!“

mich für andere in schwierigen Situationen einzusetzen.

Besonders Frauen fällt es häufig schwer, ihre Rechte einzufordern. Deshalb möchte ich mich als Ansprechpartnerin zur Verfügung stellen und auch andere Frauen motivieren, sich in die Gewerkschaftsarbeit einzubringen.

Nur gemeinsam, mit einer starken Gewerkschaft der Polizei, können wir etwas erreichen.“



Robert Tietz

„Personalräte zu bilden ist bundesdeutsche demokratische Tradition seit den 1970er-Jahren. Ich bekenne mich ausdrücklich zu unserer demokratischen Werteordnung. Personalratsarbeit ist auch täglicher Kampf für den Arbeitsschutz. Hier hat die Berliner Polizei Mühe, den eigentlich voraussetzenden Standard zu erreichen. Daher setze ich

mich für den Arbeitsschutz ein. Ein Personalrat ist auch Ansprechpartner für eine Vielzahl von Themen: Nicht alles kann man wissen, aber man kann auf weiterführende Informationen verweisen, andere Wege aufzeigen.“



Frank Sellert

Fotos: Archiv GdP

„Ich musste lernen, dass die Möglichkeiten eines Personalrates durch die Politik immer weiter eingeschränkt werden. Gerade deshalb ist es für mich wichtig, für die Rechte der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer im LKA einzutreten. Ich will den Kolleginnen und Kollegen Hilfestellung im mühsamen „Kampf“ gegen die Bürokratie zur Einforderung ihrer Rechte geben. Hierbei ist die Zusammenarbeit mit der Rechtsberatung der Gewerkschaft der Polizei äußerst hilfreich!“



Monika Münch

„Für mich gibt es viele Gründe, dass Frauen ihre Rechte selbst in die Hand nehmen und mutig vertreten. Die Arbeitswelt im öffentlichen Dienst hat sich in den zurückliegenden Jahren stark gewandelt, leider nicht immer zum Positiven. In meiner mehr als 30-jährigen Tätigkeit in der Polizei habe ich viele persönliche und berufliche Erfahrungen gesammelt, die es für mich leichter machen,

Frühjahr – Sommer – Herbst – Winter, eine Reise ins Fichtelgebirge lohnt sich immer!



Für GdP-Mitglieder 10 % Ermäßigung auf Übernachtung mit Frühstück/Halbpension - Pension / Appartementhaus Zur Mühle – Vordorfermühle im Röslatal am Fuße des Schneeberges.
Vordorfermühle 2, 95709 Tröstau im Fichtelgebirge,
Tel.: 09232/2943
E-Mail: gasthof-zur-muehle@web.de
www.vordorfermuehle.de

Wichtiger Hinweis – bitte beachten!

Bei Anmeldung bitte Kennwort "Gewerkschaft der Polizei" angeben!
Nur bei Vorlage des GdP-Mitgliedsausweises bekommen Sie die 10 %ige Ermäßigung beim Bezahlen.



Aufruf zum Ideenwettbewerb

Die Gewerkschaft der Polizei – das sind wir alle:

Alle Mitglieder, alle ehrenamtlichen und hauptamtlichen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, alle Funktionäre – alles bereits bekannt und deshalb möchten wir an dieser Stelle alle Leser unserer Zeitung dazu aufrufen, sich an einem Ideenwettbewerb zu beteiligen:

Die Situation unserer Beschäftigten im Land Berlin ist schlecht:

Der Silberstreif am Horizont für unsere Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, bis zum Jahr 2017 das Einkommensniveau der Tarifvereinigung der Länder (TdL) zu erreichen, bezieht sich nach Aussagen von Senatsvertretern nicht auf die Beamtinnen und Beamten. Die immer knappere Personalzumessung der Dienststellen erhöht weiterhin zunehmend den Druck auf jeden Einzelnen, hier insbesondere auf die Bezieher der niedrigeren Einkommen, weil sie grundsätzlich nicht in der Lage sind, den Druck nach unten weiterzugeben. Ihre gesundheitliche Situation verschlechtert sich – statistisch nachweisbar – rapide, trotz gut gemeinten Gesundheitsmanagements. Was nutzt ein Gesundheitsmanagement, wenn Arbeitszeitregelungen sich nur noch an der Personalstärke und nicht mehr an den natürlichen Bedürfnissen unseres Personals orientieren? Wenn immer höhere Anforderungen aufgrund angespannter Sicherheitslagen und bürokratischer Luftnummern mit immer weniger Personal geleistet werden müssen? Jeder kennt unzählige Beispiele aus seinem Arbeitsbereich. In den vergangenen Jahren eingeführte IT-Verfahren haben in den seltensten Fällen zu Entlastungen der Aufgaben geführt, sondern die Kolleginnen und Kollegen nicht selten an den Rand des nervlichen Blackouts geführt. Anfänglicher Ratlosigkeit und Empörung sind Gleichgültigkeit und Apathie gefolgt. Viele funktionieren nur noch und manche haben die ursprüngliche Identifikation mit ihrem Beruf gänzlich verloren.

Wir haben dies als Gewerkschaft ständig angesprochen!

Viele haben uns gefragt: „Was macht denn die Gewerkschaft?“ – aber sie haben vergessen, dass auch sie „die Gewerkschaft“ sind. Demonstrationen und Kundgebungen, Aktionen und Aufrufe der vergangenen Jahre wurden mehrheitlich nicht mehr von unseren Mitgliedern getragen, sondern fast nur noch von einer ausgesuchten Gruppe ihrer gewählten Funktionäre. Dies konnte niemanden mehr beeindrucken. Am wenigsten die Verursacher der Missstände in Politik, Medien und der Dienststellenleitungen. Soweit zur Ausgangslage! Wir meinen, der Dialog in unserer GdP muss wieder in

der Dialog in unserer GdP muss wieder in

Gang kommen. Die durch diffuse Ängste erzeugte Sprachlosigkeit der Beschäftigten muss ein Ende haben! Gewerkschaft ist, wenn alle mitmachen, wenn alle ihren Beitrag leisten. Deshalb bitten wir euch um Ideen und Vorschläge für unsere nächsten Aktionen zur Überwindung des „Schlusslichts“ in der Beamtenbesoldung. Gebt uns Anregungen für weitere Aktionen und Themenschwerpunkte, die euch auf dem Herzen liegen. Macht Vorschläge, in welcher Form wir unsere gewerkschaftlichen Vorstöße gestalten können. Fällt euch dazu etwas Neues ein? Etwas Besonderes? Etwas, was „unter die Haut geht“! Was könnte am Bisherigen noch verbessert werden? Wer kann kreative Beiträge leisten? Wer kann Cartoons zeichnen? Fotos anfertigen, bearbeiten, Collagen gestalten? Ein Gedicht schreiben, einen Slogan ins Leben rufen? Wo sind die Kabarettisten unter euch? Wo die Rapper? Wo die Poeten? Wo die Autoren? Wo die „Werbefachleute“? Weg mit der „Schere im Kopf“! Grenzen setzt nur unsere demokratische Rechtsordnung. Wir werden euch gegebenenfalls mitteilen, was aus unserer Sicht machbar ist – und was nicht.

Die besten Vorschläge werden wir – mit eurer Zustimmung – präsentieren und prämiieren.

Wir freuen uns auf eure Zuschriften!

Wir freuen uns auf eure Zuschriften!

AKTIVITÄTEN

Juli 2012

Mittwoch, den 11. 7. 2012

- Gespräch mit dem CDU-Generalsekretär Kai Wegner zu aktuellen polizeilichen Themen
- Interview mit dem Radiosender 94,3 zum Problem der langen Wartezeiten in den Ordnungsämtern

Samstag, den 21. 7. 2012

- Interview mit der Berliner Morgenpost zum Anstieg der Einbrüche in Berlin und zur Sparpolitik bei Sicherheitsaufgaben

Montag, den 23. 7. 2012

- Interview mit dem Tagesspiegel zum Anstieg der Einbrüche in Berlin
- Interview Detektor.fm Leipzig und der Berliner Morgenpost zu den „Hütchenspielen“

Dienstag, den 24. 7. 2012

- Interview mit dem Berliner Rundfunk 91,4 zu den „Hütchenspielen“

Mittwoch, den 25. 7. 2012

- Gespräch mit Innensenator Frank Henkel zu aktuellen polizeilichen Themen
- Interview mit TV Berlin zum Anstieg der Einbrüche in Berlin
- Interview mit der Berliner Abendschau und Info-Radio zum privaten Sicherheitsdienst in den U-Bahnen

Donnerstag, den 26. 7. 2012

- Interview mit Radio B2 zum Thema: „Berlin hat zu wenig Polizisten“

TAUSCHPARTNER/-IN GESUCHT!

PM der PD Segeberg/PR Rellingen der LaPol SH sucht wegen Familienzusammenführung einen Tauschpartner der LaPol Brandenburg. Auch Ringtausch möglich. Tel.: 01 72/4 71 76 82.

Thomas Sommer



Die Gewerkschaft der Polizei sucht zum 1. 1. 2013 eine(n)

**Sekretär/-in
für den Bereich Sekretariat/Presse- und Öffentlichkeitsarbeit**

im Landesbezirk Berlin

Das Aufgabengebiet (kann im Detail bei der Gewerkschaft der Polizei, Landesbezirk Berlin, angefordert werden):

- ❖ Koordinierung der übertragenen Aufgaben in der Geschäftsstelle
- ❖ Analyse, Bewertung und Auswertung von gewerkschaftspolitischen Themen
- ❖ Erstellen von Entscheidungsvorlagen für den Landesbezirksvorsitzenden
- ❖ Erstellen von gewerkschaftspolitischen Statements sowie deren Umsetzung
- ❖ Verantwortlich für Erstellung und Durchführung der Presse- und Öffentlichkeitsarbeit
- ❖ Vorbereitung und Durchführung von Presseerklärungen und Pressekonferenzen
- ❖ Kontaktpflege zu Medienvertretern

Die folgenden Qualifikationen und persönlichen Fähigkeiten müssen von ihnen mitgebracht werden:

- ✓ Sie besitzen ein abgeschlossenes Hochschulstudium (Rechts-, Politik- oder Sozialwissenschaften, journalistische Ausbildung) und/oder Erfahrungen im journalistischen Bereich oder in einer vergleichbaren Tätigkeit im Bereich der Öffentlichkeitsarbeit einer Gewerkschaft oder des öffentlichen Dienst
- ✓ Sie verfügen über die Fähigkeiten, sich in der deutschen Sprache in Wort und Schrift sicher, schnell und fehlerfrei auszudrücken
- ✓ Sie sind teamfähig, zuverlässig und belastbar
- ✓ Sie haben die Bereitschaft auch außerhalb der regulären Arbeitszeit zur Verfügung zu stehen
- ✓ Sie können selbstständig arbeiten und besitzen eine herausragende kommunikative Kompetenz, auch in öffentlichen Veranstaltungen
- ✓ Sie haben umfangreiche Kenntnisse im Umgang mit allen MS-Office-Anwendungen
- ✓ Sie besitzen Kenntnisse über den DGB und die Gewerkschaften in der Bundesrepublik Deutschland/EU
- ✓ Erwünscht ist die Mitgliedschaft in einer DGB-Gewerkschaft

Die Vergütung erfolgt nach den Vergütungsrichtlinien der Gewerkschaft der Polizei, Landesbezirk Berlin.

Interessentinnen und Interessenten senden ihre schriftliche Bewerbung bis zum 20. 10. 2012 an:

Gewerkschaft der Polizei
Landesbezirk Berlin
Kurfürstenstr. 112, 10787 Berlin



BERLINER MODELL

Evaluation BMo

Auf Einladung der Fachgruppe Abschnitte fand ein Meinungsaustausch zur Evaluation des Berliner Modells (BMo) mit dem Leiter der Projektgruppe Evaluation BMo, Herrn Gerasch, und Herrn Pietzker, PPr St 1221, statt.

Nachdem Herr Gerasch zunächst einen kurzen Ablauf zur bisherigen Projektgruppenarbeit gegeben hatte, wurden durch die Mitglieder der Fachgruppe Fragen beziehungsweise eigene Erfahrungen vorgetragen. Hierbei ging es beispielsweise um die Arbeitszeit, Personalstärken, Altersstrukturen, Vorgangsbearbeitung, Kontaktbereichsdienst und Belastungen durch zusätzliche Einsätze – Themen, die unter anderem auch Bestandteil der Mitarbeiterbefragung waren. Deutlich wurde, dass beide Seiten mit ihren Feststellungen und Einschätzungen zu den Problemen im BMo gar nicht so weit auseinanderliegen. Positiv wurde von allen die Transparenz der Arbeit der Projektgruppe und die Einbeziehung der Beschäftigten gewertet.

Auf dem Prüfstand stehen unter anderem:

- Steigerung der Effektivität in der Kriminalitätsbearbeitung

- Erhöhung der Arbeitszufriedenheit
- Erhöhung der Präsenz
- Angleichung der Strukturen an die tatsächlichen Gegebenheiten

Die eigentlich entscheidende Phase beginnt, wenn die fünf Unterarbeitsgruppen zu den einzelnen Themen Lösungsvorschläge erarbeiten. Mit der ergebnisoffenen Projektgruppenarbeit und der Einbin-

dung der Beschäftigten wurde der richtige Weg eingeschlagen. Nach Einschätzung der Fachgruppe haben wir gute Chancen, für die Kolleginnen und Kollegen im BMo die Situation deutlich zu verbessern. Sicherlich wird dies nicht in allen Fällen gelingen, ist aber dennoch ein Schritt in die richtige Richtung. **Norbert Mellenthin, Fachgruppenvorsitzender**



LOHNSTEUER

Das Lohnsteuerberaterteam sucht Nachwuchs

Aufgrund der großen Inanspruchnahme von Lohnsteuerberatungen möchte sich das GdP-Beratersteam um zwei oder drei Kolleginnen oder Kollegen erweitern. Wir würden uns freuen, wenn wir zum nächsten Schulungsseminar im Januar 2013 mutige GdP-Mitglieder begrüßen könnten, die dann ihre erworbenen Kenntnisse über das Einkommensteuerrecht im nächsten Jahr weitergeben wollen. Das Steuerrecht ist „auch nur ein Gesetz“ wie viele andere. Wir, als Angehörige des öffentlichen Dienstes, befassen uns jeden Tag mit Gesetzen, deshalb ... keine Angst, traut euch!

Mitglieder unserer Berufsvertretung haben das gesetzliche Recht, unter Beachtung bestimmter Vorschriften, Lohnsteuerberatungen durchzuführen.

Wir hoffen auf euer Interesse und würden uns freuen, wenn sich interessierte Mitglieder am 17. 10. 2012 um 17.00 Uhr in der Geschäftsstelle, Kurfürstenstr. 112, zu einer kurzen Einführung einfinden würden, um euch auch die wichtigsten Details über unsere Arbeit zu vermitteln.

Telefonische Vorabmeldung wäre für unsere Planung sehr hilfreich. Die Kollegin Kulick erwartet unter der Tel.-Nr. 21 00 04-43 die hoffentlich zahlreichen Anfragen.

Das Lohnsteuerberaterteam

KOLLEGEN DANKEN

Eine bemerkenswerte Danksagung

Werner Tietz schreibt der GdP:

Danke dem werten Kollegen-Team des Landesbezirks unserer Gewerkschaft für die Geburtstagsgrüße zum vollendeten 3/4-Jahrhundert. Dank auch für die bisher geleistete Tarif- und Sozialarbeit, die es mir und meiner Gattin erlaubt, ein einigermaßen gutes wirtschaftliches Leben mit vielen Freizeitaktivitäten zu erleben. Seit 67 Jahren ohne Krieg. Meine Eltern und Großeltern hatten es nicht so gut und ob es meinen Kindern im Alter oder meinem jetzt 14-jährigen Enkel später auch so gut gehen wird, wage ich zu bezweifeln. Trotzdem, euch allen für die Zukunft alles Gute.

Werner Tietz





Fachtagung
der Gewerkschaft der Polizei
Landesbezirk Berlin

Rockerkrieg in Berlin? Ist das Verbot von Rockerbanden sinnvoll oder nicht?



Seit einiger Zeit sind die Rocker wieder verstärkt im Fokus der ermittelnden Dienststellen. Friedensabkommen der Motorradklubs wurden gebrochen oder aufgehoben, Revier- und Machtkämpfe wieder blutig geführt. Die Politik pendelt zwischen dem Verbot und Nichtverbot der Klubs.

Es stellt sich die Frage, in wie weit ein Verbot der Motorradklubs deren Verhalten und Selbstverständnis in der Organisierten Kriminalität beeinflusst?!

Hochrangige Experten der Polizei und Justiz erörtern das Für und Wider der Verbote von Motorradklubs.

Wann? Dienstag, den 02. Oktober 2012, 14:30 Uhr

Wo? Forum Adlershof, Rudower Chaussee 17, Bunsen Saal, 12489 Berlin

Für wen? Für alle interessierten Kolleginnen und Kollegen!

Anmeldungen bitte über die Geschäftsstelle der GdP Berlin, Kurfürstenstr. 112, 10787 Berlin, Telefon: (030) 21 00 04-0, Fax: (030) 21 00 04-29, E-Mail: gdp-berlin@gdp-berlin.de



Jürgen Radloff hatte Geburtstag



Jürgen Radloff

Am 1. August war es soweit: Jürgen Radloff hat seinen 70. Geburtstag gefeiert. Peter Richter, Vorsitzender der GdP-Bezirksgruppe in der Dir 4, schreibt an Jürgen Radloff:

„Persönlich konnten wir dir unsere Glückwünsche nicht aussprechen. Du hast an deinem Wohnort, etwa 800 km von Berlin entfernt, im Schwarzwald gefeiert. Deshalb wünschen wir dir auch auf diesem Weg Glück und Gesundheit. Du warst im GdP-Landesbezirk Berlin in

vielen Funktionen, zuletzt als Personalratsvorsitzender in der Direktion 4 und als stellvertretender Landesbezirksvorsitzender, im Bund als langjähriges Mitglied im Geschäftsführenden Bundesvorstand (GBV) und als UISP-Generalsekretär in Europa, immer ein ‚glühender‘ Verfechter der Interessen unserer Kolleginnen und Kollegen.

Du warst für uns, deine Nachfolger, aber auch für viele deiner Kolleginnen und Kollegen ein Vorbild an Gradlinigkeit und Beharrlichkeit, wenn es darum ging, die Interessen der Beschäftigten der Polizei zu vertreten.

Wir wünschen dir noch viele schöne Jahre im warmen Südwesten Deutschlands.“



Bezirksgruppen

Dir 1

Am 25. 9. 2012 um 16 Uhr im Restaurant „Ratskeller Rathaus Reinickendorf“, Eichborndamm 215–239, 13437 Berlin.

Dir 3

Am Mittwoch, dem 19. 9. 2012, 15.30 Uhr, im Marjan-Grill, S-Bhf Bellevue.

Dir 4

Am 25. 9. 2012 um 17 Uhr im Restaurant „Traberterrassen“, Mariendorfer Damm 221, 12107 Berlin, ggü. Kruckenbergstr.

Dir 5

Am 6. 9. 2012 um 15.30 Uhr im Bräustübl der ehem. Kindl-Brauerei, Werbelinstr. 50, 12053 Berlin.

Dir 6

Am Donnerstag, dem 27. 9. 2012, um 16.00 Uhr in der Kantine Poelchastr. 1, 12681 Berlin.

ZSE/Stab PPr

Am Donnerstag, dem 20. 9. 2012, um 16.00 Uhr im Restaurant „Marjan Grill“, Flensburger Str./Ecke Bartningallee, 10557 Berlin.

Dir ZA

Am 20. 9. 2012 um 16 Uhr im Ratskeller „Rathaus Zehlendorf“, Martin-Buber-Straße 5, 14163 Berlin.

LKA

Am 27. 9. 2012 um 15.30 Uhr im Landeskriminalamt Berlin, Bayernring 44, Raum 331 (Bitte den Eingang Tempelhofer Damm 12 nutzen), 12101 Berlin.

LABO

Am 10. 9. 2012 um 17 Uhr im Restaurant „Yasmin“, Wilhelmstraße 15–16 (Wilhelm-/Ecke Hedemannstraße), 10963 Berlin (U-Bahnhöfe Kochstr. oder Hallesches Tor, Busse 240/241 oder 341 Stresemannstraße).

Anzeige



Innova ist einer der größten Anbieter von Elektrogeräten, Multimediaprodukten und Küchen.
www.innova24.de



Die Innova-Club-Karte erhalten GdP-Mitglieder gegen Vorlage des Mitgliedsausweises für 5 € (statt 39,99 €)

- 10% Grundrabatt auf „fast“ alle bei INNOVA erworbenen Artikel! (ausgenommen mit * versehene Waren und Reisen)*
- Individualrabatte – verhandelbar (Bitte fragen Sie Ihren Verkäufer)*
- 10 Tage Rückgaberecht auf sämtliche Waren (originalverpackt)*
- Bis zu 5 ½ Jahren Teil-Garantie*
- Lukrative Rabatte bei Partnerunternehmen u.v.m.*
- Energiesparclub*
- Lebenslange Gültigkeit*
- Exklusiver Onlineshop*
- Exklusive Vorteile täglich neu online*
- Exklusiver Newsletter ausschließlich für Clubkunden / limitierte Angebote*
- Exklusiver Veranstaltungskalender online*

* Details siehe: Clubunterlagen

- Berlin-Buckow Johannisthaler Chaussee 300, 12351 Berlin
- Berlin-Charlottenburg Heerstraße 1, 14052 Berlin
- Berlin-Hellersdorf Fritz-Lang-Straße 2, 12627 Berlin
- Berlin-Mariendorf Mariendorfer Damm 16-18, 12109 Berlin
- Berlin-Mitte Rathausstraße 5, 10178 Berlin
- Berlin-Neukölln Karl-Marx-Straße 69, 12043 Berlin
- Berlin-Pankow Neumannstraße 13, 13189 Berlin
- Berlin-Prenzlauer Berg Schönhauser Allee 120, 10437 Berlin
- Berlin-Spandau Pichelsdorfer Straße 97, 13595 Berlin
- Berlin-Steglitz Schloßstraße 1, 12163 Berlin
- Im Tegel-Center Gorkistraße 11-21, 13507 Berlin

Polizeisozialwerk GmbH - Kurfürstenstr. 112, 10787 Berlin - Tel.: 21 000 441 - Fax: 21 000 442
weitere interessante Angebote unter: www.gdp-berlin.de



NACHRUFE

Bezirksgruppe und Seniorengruppe ZSE/Stab PPr trauern um Günter Hagge

Günter Hagge, unser langjähriger Vorsitzender der Seniorengruppe, ist am 23. Juli verstorben. Mit Bestürzung und tiefer Trauer haben wir, die Mitglieder der Seniorengruppe und Bezirksgruppe, die Nachricht aufgenommen. In unsere Trauer mischt sich aber auch das Gefühl der Dankbarkeit. Wir erinnern uns an die seit 1989 bestandene Zusammenarbeit mit ihm und seine Bereitschaft, sehr schnell Verantwortung in der Seniorengruppe zu übernehmen. Günter steht exemplarisch für die gelungene Zusammenführung der Mitglieder der 1989 gegründeten Gewerkschaft der Volkspolizei mit der GdP nach dem 1990 erfolgten Zusammenschluss beider Gewerkschaften. Durch Kontakte mit mir, seinerzeit Vorsitzender der Bezirksgruppe LPolDir, fand Günter mit weiteren sechs Kollegen der Gewerkschaft der Volkspolizei in der Seniorengruppe LPoDir seine neue gewerkschaftliche Heimat.

Günter brachte sich mit seinem Organisationstalent sehr schnell in die Führung der Seniorengruppe ein und wurde



Günter Hagge

im April 1993 zum stellvertretenden Seniorengruppenvorsitzenden gewählt. Drei Jahre später wählte ihn die Gruppe im April 1996 zu ihrem Vorsitzenden. Die nächste Herausforderung, die er zusammen mit dem Kollegen Heinz Land,

Vorsitzender der Seniorengruppe ZSE, bewältigte, war 2005 die Zusammenführung der Seniorengruppen ZSE und LPolDir, die infolge der „Neuordnung der Führungsstrukturen“ in der Berliner Polizei erforderlich geworden war. Seine Führungsaufgabe in der Seniorenarbeit war damit bei Weitem nicht erschöpft. Als Vorsitzender der Seniorengruppe war er zugleich Mitglied im Landesessenorenvorstand und bekleidete dort das Amt des Schriftführers. Über die eigene Seniorengruppe hinaus organisierte Günter jährlich Führungen in Botschaften und Landesvertretungen. Vielen unserer Kolleginnen und Kollegen werden diese Führungen in bester Erinnerung bleiben.

Lieber Günter, du warst uns stets ein geschätzter, humorvoller und uns für die Seniorenarbeit begeisternder Vorsitzender. Einen letzten Dank hierfür, wir werden deiner stets gedenken.

Hartmut Pech



Manfred Duldhardt

Der langjährige stellvertretende Seniorenvorsitzende der Direktion 6, Manfred Duldhardt, ist für alle überraschend am 23. Juli 2012 im Alter von 77 Jahren verstorben.

Manfred Duldhardt war 2003 maßgeblich am Zusammenschluss der Seniorengruppen Direktion 6 und 7 beteiligt. Die Erinnerung an Manfred wird immer verbunden sein mit vielen schönen gemeinsamen Stunden bei den von ihm organisierten Tagesfahrten der Seniorengruppe Direktion 6.

Er war ein ruhiger, hilfsbereiter und beliebter Kollege, der uns nun für immer fehlen wird.

Wir werden Manfred ein ehrendes Andenken bewahren.

- Edith Berndt**, 90 Jahre
- Horst Bohm**, 77 Jahre
- Bezirksgruppe Dir 1
- Ursula Schönicke**, 85 Jahre
- Bezirksgruppe Dir 2
- Erich Czirson**, 99 Jahre
- Bezirksgruppe Dir 4
- Werner Thiemann**, 85 Jahre
- Karl Schlottmann**, 91 Jahre
- Horst Ihlow**, 75 Jahre
- Lothar Quandt**, 79 Jahre
- Bezirksgruppe Dir 5
- Gerhard Lipke**, 81 Jahre
- Manfred Duldhardt**, 77 Jahre
- Bezirksgruppe Dir 6
- Horst Woitynnek**, 72 Jahre
- Werner Suckow**, 91 Jahre
- Bezirksgruppe Dir ZA
- Else Rechenbach**, 95 Jahre
- Dieter Hahnel**, 69 Jahre
- Eva Böse**, 85 Jahre
- Bezirksgruppe ZSE
- Karl-Heinz Krupke**, 68 Jahre
- Maria Ansoerge**, 96 Jahre
- Bezirksgruppe LABO
- Christel Suckow**, 82 Jahre
- Bezirksgruppe LKA



VERANSTALTUNGEN

Senioren

Dir 1

Am Montag, dem 10. 9. 2012, ab 13 Uhr im Restaurant „Ratskeller Rathaus Reinnickendorf“, Eichborndamm 215–239, 13437 Berlin.

Dir 3

Am Dienstag, dem 2. 10. 2012, um 16.00 Uhr im Lokal „FRABEA“, Afrikanische Str. 90/Otawistr. 1, 13351 Berlin. Buslinie: 221 (Haltestelle Otawistr.).

Dir 4

Am 12. 9. 2012 um 16 Uhr im Restaurant „Adria-Grill“, Kaiser-Wilhelm-Str. 55, 12247 Berlin.

Dir 5

Am 6. 9. 2012 um 14.00 Uhr im Bräustübl der ehem. Kindl-Brauerei, Werbelinstr. 50, 12053 Berlin.

Dir 6

Die nächste Seniorensitzung mit Kegeln findet am Dienstag, dem 18. 9. 2012, um 16.00 Uhr im Sportcasino des KSC, Wendenschloßstr. 182, 12557 Berlin, statt.

Die nächste große Seniorensitzung zur Planung von Aktivitäten der Seniorengruppe findet am Mittwoch, dem 19. 9. 2012, um 15.00 Uhr in der Kantine Poelchauerstr. 1, 12681 Berlin, statt.

ZSE

Am Dienstag, dem 25. 9. 2012, um 15.00 Uhr im Restaurant „Marjan Grill“, Flensburger Str./Ecke Bartningallee, 10557 Berlin.

LKA

Am Dienstag, dem 4. 9. 2012, findet um 15.00 Uhr unsere Versammlung im „Gasthaus Koch“ in 12103 Berlin-Tempelhof, Friedrich-Wilhelm-Str. 68/Ecke Friedrich-Franz-Str., statt. Uns besucht Kollege Detlef Fritz vom WEISSEN RING und berichtet über die Aufgaben dieses gemeinnützigen Vereins.

Am Dienstag, dem 18. 9. 2012, um 10.30 Uhr nehmen wir an einer Führung durch das S-Bahn-Museum am S-Bahnhof Griebnitzsee teil. Wir treffen uns vor dem rot geklinkerten Unterwerk des Bahnhofes in 14482 Potsdam-Griebnitzsee, Rudolf-Breitscheid-Str. 203. Unkostenbeitrag: 4,50 € – Begrenzte Teilnehmerzahl, daher Anmeldung erforderlich!
Vorankündigung:

Am Dienstag, dem 9. 10. 2012, 15.00 Uhr, Versammlung im „Gasthaus Koch“ – der Bezirksbürgermeister von Berlin-Neukölln besucht uns.

Am Mittwoch, dem 17. 10. 2012, 15.30 Uhr, feiern wir das 21. Oktoberfest der Seniorengruppen Dir 3 und Potsdam II in der Stadthalle Bernau mit Kaffee und Kuchen und kalt/warmem Abendbüffet und musikalischer Unterhaltung durch

die Combo des Polizeiorchesters Brandenburg und „der Belcanto“ sowie einem Rahmenprogramm – Unkostenbeitrag: 28,00 € – begrenzte Teilnehmerzahl, daher Kartenvorbestellung erforderlich!

Kontakt: Jürgen Heimann, Tel. 0 15 25/6 10 35 27 (gdp-phone) oder Martin Hoffmann, Tel. 0 30-61 29 37 75.

LABO

Am 19. 9. 2012 um 15 Uhr im Restaurant „Yasmin“, Wilhelmstr. 15–16 (Wilhelm-/Ecke Hedemannstr.), 10963 Berlin-Kreuzberg (U-Bahnhöfe Kochstr. oder Hallesches Tor, Busse 240/241 oder 341 Stresemannstr.).

Preisskat

Nächster Preisskat in der Cafeteria im LKA, Tempelhofer Damm 12, 12101 Berlin, am Mittwoch, dem 17. 10. 2012, um 16 Uhr.

Mitglieder sowie Freunde und Bekannte sind herzlich eingeladen. Es gibt wieder viele Geldpreise zu gewinnen.

Anmeldungen bitte unter 0 30/ 6 06 46 69 oder 01 72/9 50 35 80.

Manfred Raabe

DIE GdP GRATULIERT

Jubiläen

In der August-Ausgabe der DP hat leider der Druckfehlerteufel zugeschlagen. Daher hier nun die richtigen 40-jährigen Jubiläen:

Andreas Baumann, Karl-Heinz Brosch, Wolfgang Huebner, Karin Ploth, Lutz Raetzer, Hartmut Schubert, Siegfried Steinbock

25 Jahre

Markus Bothmann, Gabriela Bunzel, Ralf Doepping, Frank Dröher, Jörg Gitzler, Andreas Gräber, Dirk Guse, Alexander Jowelies-Knoll, Michael Malz, Kristina Manousidis, Frank Priske, Werner Schiller, Stefan Schreiner, Jens Teppner, Carsten Vetter

40 Jahre

Lothar Fleischer, Ursula Hoose, Eberhard Marter, Rüdiger Mölter, Klaus-Ulrich Paetz, Sabine Plaumann, Rainer Rosenblender, Ingrid Salenger, Volker Schöffel

50 Jahre

Gert Eiser, Heinz Hennig, Ewald Keil, Dieter Köhler, Wilfried Natus, Kurt Peters, Anne-Katrin Pionke, Ralf-Jürgen Schmidt, Siegfried Tugend

60 Jahre

Guenter Bartelt, Heinz Böhnke, Heinz Gustavus, Margot Hoffmann, Günter Mauer, Horst Messow, Horst Nachtweide, Manfred Pallmann, Emma Schulze

80 Jahre

Hildegard Rosenberger, Direktion 1, Hans Baehr, Direktion 2, Helga Ränike, Direktion 3, Gerhard Jass, Zentrale Service Einheit

85 Jahre

Egon Pätzold, Direktion 1, Horst Drescher, Direktion 2, Ingeborg Neitzel, Direktion 4, Günter Stumpf, Zentrale Service Einheit, Sabine Peetsch, Martha Radewaldt, LABO, Günter Mauer, LKA

90 Jahre

Christel Grigo, Direktion 4, Maria Schmidtke, Gerda Schwarz, LKA, Willi Honscha, Zentrale Service Einheit

91 Jahre

Hella Baumert, Direktion 2, Waltraud Regen, Direktion 3

92 Jahre

Hans Deutschmann, Direktion 1, Emma Gummelt, Zentrale Service Einheit

93 Jahre

Elisabeth Kulicke, Zentrale Service Einheit

94 Jahre

Margot Hogefeld, Direktion 3

95 Jahre

Charlotte Baumann, Direktion 5

